Nr. 226. 38. Jahrgang

Abend-Ausgabe.

Mittwoch, 5. Mai 1909

Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortlichkeit.

Chef-Redakteur: Theodor Wolff in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Seelenfang.

Um die Seelen der Nachtwächter, Bahnwärter, Landbriefträger, Schaffner und ähnlicher Beamtenkategorien hat sich im Reichstage ein Kampf entsponnen, der möglicherweise sogar zu einem Konflikt zwischen Reichstag und Regierung führt, unter allen Umständen aber die Schwierigkeiten der politischen Lage vermehrt. Man ist es sonst nicht gewöhnt, daß bei uns mit den Unterbeamten besondere Umstände gemacht werden. Im preußischen Dreiklassenlandtage denkt man auch gar nicht daran, sich ihretwegen in Unkosten zu stürzen. Aber der Reichstag hat plötzlich den Wert dieser Beamtenklassen begriffen. Sie zeichnen sich nämlich nicht bloß durch ihre niedrigen Gehälter, sondern auch durch ihre große Zahl aus. Das besagt nichts in Preußen, wo immer 25 Wähler dritter Klasse durch einen Wähler erster Klasse ausgeschaltet werden, es kann aber im Reich, wo die Stimmen gezählt werden, sehr unangenehm wirken. So entstand im Reichstage plötzlich ein Wettlauf um die Gunst der unteren Beamten, der zunächst etwas scherzhaft anmutet, aber der tieferen Bedeutung nicht entbehrt.

Herr Sydow, der für Humor trotz seiner hervorragenden Stellung im Alpenverein nicht sehr empfänglich zu sein scheint, schlug gestern in der Budgetkommission des Reichstages die Hände über dem Kopfe zusammen, weil die Parteien die Gehälter der Unterbeamten etwas über den Regierungsvorschlag hinaufsetzen wollten. Denn es handelt sich dabei zwar im allgemeinen nur um eine Erhöhung des nicht gerade fürstlichen Anfangsgehaltes von 1000 Mark auf 1100 Mark. Aber die Masse macht es. Nach der Berechnung des Reichsschatzsekretärs handelt es sich um eine Mehrausgabe von 26½ Millionen. „Das Geld dazu ist nicht vorhanden," sagt Herr Sydow. Das Geld ist für die Erhöhung der Beamtengehälter überhaupt noch nicht vorhanden.

Ein Vertreter der Nationalliberalen erklärte gestern in der Budgetkommission, seine Partei sei bereit, die Mehrmittel zur Verfügung zu stellen. Nur macht die nationalliberale Partei heute nicht wie in den siebziger Jahren die Mehrheit des Reichstages aus. Deshalb haben auch ihre Versprechungen keinen ausschlaggebenden Wert. Jedenfalls ist die Budgetkommission des Reichstages im Begriff, das Fell des noch nicht erlegten Bären zu verteilen. Aber die Reichsregierung beteiligt sich ja auch an dieser fragwürdigen Tätigkeit; sonst hätte sie die Beamtenvorlagen überhaupt nicht einbringen dürfen.

Am bemerkenswertesten erscheint in dieser ganzen Frage der Gegensatz zwischen Reichstag und Landtag. Das Interesse an den Seelen der Unterbeamten temperiert sich um so mehr, je weiter man vom Reichstag über das preußische Abgeordnetenhaus zum Herrenhause aufsteigt. Die „geborenen" Gesetzgeber des preußischen Herrenhauses stehen der Erhöhung der Beamtengehälter kühl bis ans Herz hinan gegenüber. Sie haben ohne Bedenken die rückwirkende Kraft der Wohnungsgeldzuschüsse auf das Jahr 1908 gestrichen und die Erhöhung der Lehrergehälter reduziert. Das Abgeordnetenhaus hat ein klein wenig mehr Wohlwollen für die Beamten gezeigt, aber doch so wenig, daß es auf dem kürzlich hier abgehaltenen Beamtentage als „Antibeamtenblock" gekennzeichnet wurde.

Im Reichstage hat man sich beeilt, den Beamten etwas gefälliger zu sein. Aber es waren nicht etwa die Parteien der Linken allein, die sich für die Unterbeamten interessierten; sondern auch die Konservativen entdeckten plötzlich ihr beamtenfreundliches Herz. Ja, es war ein konservativer Abgeordneter, der die ketzerische Meinung äußerte, daß Preußen die Konsequenzen aus den Beschlüssen des Reichstages ziehen müsse. Wenn man bedenkt, daß die Konservativen sowohl im Herrenhause wie im Abgeordnetenhause den Ton angeben, dann läßt diese Aeußerung eines konservativen Abgeordneten auf eine Wandelungsfähigkeit des angeblich so starren konservativen Prinzips schließen, die den Fürsten Bülow mit den schönsten Hoffnungen erfüllen dürfte. Die Konservativen können eben anders, je nachdem sie auf die Stimmen der Nachtwächter und Landbriefträger Rücksicht nehmen müssen oder nicht.

Zur Sache selbst möchten wir bemerken, daß der Anspruch der preußischen Regierung, das Reich habe sich nach Preußen zu richten, verfassungswidrig, ja direkt ungehörig ist. Wenn Herr Sydow erklärte, daß die Gemeinsamkeit des Vorgehens zwischen dem Reich und Preußen ein alter Grundsatz sei, so folgt doch daraus noch nicht, daß Preußen dem Reich die Grenzen seiner Gesetzgebung ziehen kann. Reichsrecht geht vor Landesrecht! Das muß man gerade in diesem Falle den preußischen Vertretern entgegenhalten, die immer so tun, als hätte die preußische Regierung das Maß der Bewegungsfreiheit im Reich zu bestimmen.

Auch darin stimmen wir durchaus mit der Budgetkommission des Reichstages überein, daß die Unterbeamten in der Regierungsvorlage viel zu stiefmütterlich behandelt worden waren. So wenig wir die Absicht haben, bei den einzelnen Klassen der Reichsbeamten abzuwägen, ob sie in dem allgemeinen Schema der Beamtenbesoldung an der richtigen Stelle stehen oder nicht, und so stark unsere Bedenken gegen die beständige Vermehrung der Reichs- und Staatsbeamten überhaupt sind, so bestimmt vertreten wir allerdings die Ansicht, daß der Staat keine Hungerlöhne zahlen, sondern seine Beamten und ganz besonders die große Masse der Unterbeamten auskömmlich besolden muß. In dieser Beziehung aber gehen die Vorschläge der Budgetkommission des Reichstages über die Mindestanforderungen, die von den Unterbeamten an das Reich gestellt werden müssen, nicht hinaus.

Die große Masse der Reichsbeamten sieht sich plötzlich von lauter guten Freunden umgeben. Die Konservativen wetteifern mit den Liberalen in dem Bemühen um die Gunst der unteren Beamten. Etwas erstaunt fragen sich die Nachtwächter und Landbriefträger, womit sie soviel Liebe verdient haben. Den Schlüssel zu diesem Wetteifer der Parteien bietet ihnen der Stimmzettel. Und wenn sie deshalb trotz aller Gegensätze zwischen Landtag und Reichstag endlich ihre Gehaltserhöhung wirklich bekommen haben, dann sollten sie nicht vergessen, daß die Konservativen ihren Mantel nach dem Winde des jeweiligen Wahlrechts hängen, und sich des Sprichworts erinnern:

Trau, schau wem!

---

* Der Zwischenfall auf dem **Panzerschiff „Démocratie"** während der Flottenparade in Villafranca hat jetzt seine Erledigung gefunden. Wie uns aus Toulon telegraphiert wird, hat Vizeadmiral de Jonquières den Fregattenkapitän des Panzerschiffes „Démocratie", Millaut, der während der Flottenschau vor Villafranca sich zu Tätlichkeiten gegen den Schiffsleutnant Slapfer hinreißen ließ, seines Kommandos enthoben und mit Kasernenarrest bestraft.

Das Kabinett Clémenceau und die Postbeamten.

Der Ministerpräsident Clémenceau rüstet sich, das Ultimatum der Postbeamten, die den Widerruf der über ihre Kollegen verhängten Disziplinarmaßnahmen verlangen, morgen entgegenzunehmen. Es entspräche Herrn Clémenceaus Charakter wenig, wenn er in diesem Punkte plötzlich zurückwiche und die Regierung durch diesen Verzicht auf die vielleicht allzustraffe Geltendmachung ihrer Autorität vor der Kammer und dem Land unheilbar kompromittierte. Er wird es also darauf ankommen lassen. Mittlerweile trifft er Maßnahmen, ein Mißlingen des angedrohten Streiks herbeizuführen; ob sie ausreichen, muß freilich in Frage gestellt werden. Ein Verkehrsstreik würde, selbst wenn die Hilfsmittel der Regierung nicht so kläglich versagen, wie beim letzten Male, noch immer eine nicht lang zu ertragende Kalamität bleiben. In allen solchen Fällen erhebt die öffentliche Meinung vor allen Dingen den Ruf, daß der Streik aufhöre; alles andere tritt vor diesem Wunsche zurück. Ueber die Rüstungen der Herren Clémenceau und Barthou wird uns berichtet:

L Paris, 5. Mai. (Privat-Telegramm.)

Der gestrige Beschluß der Bahnpostbeamten, sich mit den disziplinarisch bestraften Kameraden solidarisch zu erklären und in den Streik einzutreten, sobald das Comité das Zeichen gibt, sieht wie eine Kriegserklärung gegen die Regierung aus, hat diese aber nicht eingeschüchtert. Vorläufig wenigstens erhält das Kabinett, wie schon gemeldet, noch unbeirrt die scharfe Methode gegenüber den Beamten aufrecht. Es scheint, daß die Regierung es eine neue Kraftprobe ankommen lassen will, und daß sie sich diesmal besser vorgesehen hat, als im März. Mehrere tausend Soldaten sollen in aller Stille in den Elementen des Postdienstes unterrichtet worden sein; einige hundert Telegraphisten sind seit März in der Bedienung der Hughes- und Baudot-Apparate geschult worden. Fünfhundert übergzählige Telephonistinnen warten auf Anstellung. Außer den Stationen für drahtlose Telegraphie sollen viele tausend Brieftauben bereit gehalten werden. Dazu kommt auch die private Organisation dem Staate zu Hilfe. Das Haus Insoyel allein kann zweitausend im Postdienst geschulte Beamte zur Verfügung stellen; andere große Firmen sind zu ähnlichen Diensten bereit. Das alles wird hoffentlich den Postbeamten und den Vereinigungen, die sich ihnen anschließen wollen, zu denken geben. Mögen sie zu ihrer Erbitterung einiges Recht haben: sie werden sicher erwägen, daß eine Niederlage für ihre praktischen Ziele verhängnisvoll wäre.

Inzwischen hat die Regierung aber auch ein Mittel gefunden, die streiklustigen Beamten zu besänftigen: bleibt sie in der Frage der Disziplinierungen fest, so scheint sie doch geneigt, den der Beamtenschaft verhaßten Unterstaatssekretär Symian fallen zu lassen. Wenigstens hat einer uns telegraphisch übermittelten Blättermeldung zufolge Minister Barthou die anderen Minister ersucht, alle das Post- und Telegraphenwesen betreffenden Schriftstücke in Zukunft nicht mehr an das Unterstaatssekretariat der Posten und Telegraphen, sondern direkt an das Ministerium der öffentlichen Arbeiten zu richten. Zieht Herr Symian aus diesem Erlaß die Konsequenz, zu demissionieren, so dürfte die morgige Unterredung mit der Abordnung der Beamten vielleicht doch zu einer Einigung führen. Freilich wäre der tiefe Gegensatz zwischen der Regierung und der syndikalistischen Beamtenschaft, welcher im Grunde eine ganz neue Definition der staatsbürgerlichen Rechte fordert, nicht beseitigt.

*

Paris, 5. Mai. Der Hauptausschuß der Liga für Menschenrechte, deren Obmann der sozialistische Deputierte de Pressensé ist, er-

---

Alexander v. Humboldt.

Zu seinem fünfzigsten Todestag.

Von [Nachdruck verboten.]

Professor Dr. **S. Günther.**

Am 6. Mai werden es fünfzig Jahre, daß die ungewöhnlich lange Erdenlaufbahn eines Mannes ihren Abschluß fand, der mit ganz besonderem Recht zu den führenden Geistern seiner Zeit gerechnet werden mußte, und dessen hoher, nachwirkender Bedeutung sich auch die Gegenwart nicht entziehen kann und will. Das Bruderpaar Wilhelm und Alexander v. Humboldt entstammte dem märkischen Sande; aber obwohl man sie mit einigem Rechte als „Junker" bezeichnen könnte, so wird es doch wohl wenige Menschen je gegeben haben, denen so wenig Junkerliches anhaftete wie ihnen. Wilhelm, der geniale Altertums- und Sprachforscher, hat bekanntlich an der liberalen Neugestaltung des preußischen Staates in der durch die Namen Tilsit und Belle-Alliance abgegrenzten Periode tiefgreifenden und erfolgreichen Anteil gehabt; und als er sich in die Muße seines damals noch weit von der Hauptstadt entfernten Schlößchens Tegel zurückzog, war für seinen Rücktritt von den Staatsgeschäften wesentlich die Tatsache mit bestimmend, daß die Dinge sich nach Ueberwindung des äußeren Feindes so ganz anders anließen, als er gehofft und tatkräftig angestrebt hatte. Auch Alexander war da er in Frankreich stets mit den Vorkämpfern der Ideen der großen Revolution in Verbindung gestanden, durchaus den freiheitlichen Grundsätzen zugewandt; und es liegt unleugbar eine gewisse Tragik seines späteren Lebens darin, daß er volle dreißig Jahre zwischen seinen Ueberzeugungen und seiner Stellung als königlich preußischer Kammerherr Kompromisse zu schließen genötigt war. Denn ohne solche ging es nicht ab, wenn er seiner Aufgabe als „heimlicher Unterrichtsminister" gerecht werden wollte.

Unserer modernen Epoche, der Zeit des ausgebildeten, ja vielfach auf die Spitze getriebenen Spezialistentums, fällt es nicht ganz leicht, der Bedeutung einer Persönlichkeit, wie sie der große Naturforscher war, gerecht zu werden. Man fragt wohl: Wo ist ein Humboldtscher Lehrsatz, ein Humboldtsches Gesetz, welche Disziplin trägt unauslöschlich den Stempel seiner Eigenart aufgeprägt? Diese Art der Fragestellung ist freilich verfehlt. Eine kurze Darlegung dessen, was er geleistet, wird zwar dartun, daß seinem langen wissenschaftlichen Wirken — es erstreckt sich auf rund siebzig Jahre — auch die positiven Leistungen keineswegs gefehlt haben: allein der Schwerpunkt seiner Arbeit, die man getrost eine gigantische nennen darf, lag auf einem anderen Gebiet. Ein zweiter Aristoteles und Albertus Magnus, hat er in sich nicht nur das gesamte vorhandene Wissen, soweit es naturwissenschaftlich-geographischen Charakter an sich hatte, in sich vereinigt, sondern er hat auch durch seine kritische Erörterung, durch sein eminentes Talent für geschichtliche Zusammenfassung und durch seine wunderbare Kunst in der Darstellung den Deutschen eine ganz neue Literaturgattung geschaffen, die ihnen vorher fehlte. Ein kurzer Ueberblick über seinen Lebens- und Werdegang wird Gelegenheit geben, für das Gesagte den Beweis zu liefern.

Geboren am 14. September 1769 zu Berlin, hat Alexander v. Humboldt eine nach unseren heutigen Begriffen etwas unregelmäßige — strenge Schulmänner würden sagen anarchistische — Erziehung genossen, deren Früchte immerhin nicht gegen die uns jetzt etwas sonderbar erscheinende Methode sprechen. Von Hofmeistern vorgebildet, bezog er 1787 die kleine Universität Frankfurt a. d. O., um sich dem Studium der ziemlich im argen liegenden „Kameralwissenschaften" zu widmen; und als er sah, daß dort wirklich nichts für ihn zu holen sei, wandte er sich dem mächtig aufstrebenden Göttingen zu, wo er bei Heyne, Blumenbach, Kästner und anderen sich gleichzeitig mit höchstem Eifer der Philologie und den Naturwissenschaften widmete. Um seine universelle Ausbildung abzurunden, besuchte er 1790 und 1791 die Handelsakademie von Büsch in Hamburg und die neu gegründete Bergakademie in Freiberg, wo ihn der berühmte Geologe Werner derart in die geistigen Fesseln seines Systems schlug, daß erst Humboldts große Reisen ihm deren Abstreifen ermöglichten. Und so war er, horribile dictu, ohne Abiturienten- und Abgangsexamen reif für den Staatsdienst geworden. Er wurde sofort als „Assessor cum voto" bei der Oberbergbehörde in Berlin angestellt, entledigte sich zur höchsten Zufriedenheit seiner Vorgesetzten verschiedener Dienstgeschäfte und entfaltete dann zwei Jahre lang als Bergmeister in den damals preußischen „Fürstentümern" Ansbach und Bayreuth eine höchst ersprießliche, den Bergbau des Fichtelgebirges zu neuer Blüte erhebende Tätigkeit. Die weitere Beförderung im montanistischen Fache schlug er jedoch aus, da es ihm bereits als Lebensziel vorschwebte, durch große Reisen seinen Blick zu erweitern und die Erforschung der tellurischen Erscheinungen im großen Stil zu betreiben. Mehrere Reisen nach Polen, Schlesien, Italien und den deutschen Alpen, bei denen ihn wiederholt sein engerer Landsmann und Freund, der ebenfalls seinen wissenschaftlichen Marschallsstab im Tornister tragende Geologe Leopold v. Buch, begleitete, lieferten eine treffliche Vorbereitung. Allein verschiedene Pläne, Indien, Aegypten und den Westen Südamerikas kennen zu lernen, scheiterten; und fast hoffnungslos brach der junge Mann mit einem in Paris gewonnenen Mitarbeiter, dem Botaniker Aimé Bonpland, einstweilen nach Spanien auf, um auf diesen, auch in naturkundlicher Hinsicht noch wenig kultivierten Boden Studien aller Art anzustellen. Hier nun trat etwas völlig Unerwartetes ein. Die spanische Regierung hatte sich bis dahin, seltene Ausnahmen abgerechnet, allen Versuchen, ihr neuweltliches Außengebiet zu durchforschen, hindernd in den Weg gestellt, und allgemein wurde es als wunderbar betrachtet, daß man den beiden jugendlichen Naturforschern nicht nur die Erlaubnis zu solchem Tun gewährte, sondern ihnen auch ihre Absichten durch Erlasse an alle Generalkapitäne und Unterbehörden in jeder Weise erleichterte.

Vom 5. Juni 1799 bis 9. Juli 1804 hat die Reise gedauert; fünf volle Jahre wurden auf amerikanischem Boden zugebracht. Venezuela, Kolumbia, die Antillen, Ecuador, Peru und Mexiko wurden aufgesucht; und das Riesenwerk, in welchem Humboldt später, von einem großen Generalstab erstklassiger Gelehrter unterstützt, seine Errungenschaften niederlegte, zeigt am deutlichsten, welch ungeheure Fülle neuer Eindrücke er in sich aufnahm. Der Essay über „Neuspanien" (Mexiko mit Nebenländern) kann selbst in unseren Tagen, und zwar nicht nur seines hohen methodischen Wertes halber, noch nicht als antiquiert gelten. Dreiundzwanzig Jahre lang lebte sodann der in Frankreich weit mehr als im Vaterland anerkannte und geschätzte Forscher in Paris, dem Zentralpunkt aller auf Naturerkenntnis abzielenden Bestrebungen; und nur schwer entschloß er sich dazu, dem direkt ausgesprochenen Wunsch Friedrich Wilhelms III. Folge zu leisten und in die Heimat überzu-